

Aus der Zentrale von IN VIA

Die Bundeszentrale von IN VIA stellt sich vor – am 09. Oktober 2023 um 12 Uhr (digital)

Wer ist in der Bundeszentrale von IN VIA für welche Themen zuständig? Welche Gesichter verbergen sich hinter den Namen? Und wie können Praktiker*innen von der Arbeit auf Bundesebene profitieren und diese mitgestalten? Alle interessierten IN VIA Mitarbeiter*innen sind herzlich eingeladen, in einer einstündigen Online-Veranstaltung das 14-köpfige Team der Bundeszentrale und seine verschiedenen Arbeitsbereiche kennenzulernen. Dadurch wird insbesondere neuen Mitarbeiter*innen die Kontaktaufnahme zur Zentrale erleichtert und die innerverbandliche Vernetzung gestärkt. Die Vorstellung der Bundeszentrale findet am 9. Oktober 2023 von 12 bis 13 Uhr statt. Anschließend gibt es die Möglichkeit, noch mit einzelnen Kolleg*innen ins Gespräch zu kommen. Die Teilnahme ist über folgenden ZOOM-Link möglich, eine Anmeldung ist nicht erforderlich:

<https://us06web.zoom.us/j/86327552783?pwd=RmVNT1A3MzRxM1hXSTdXQkRLQmJWQT09>.

Bei Fragen steht Saskia Wacker (saskia.wacker@caritas.de; Tel.: 0761/200-208) aus dem Vorbereitungssteam als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

IN VIA Deutschland und BAG KJS: Digitale Fachtagung „Queere Jugendliche willkommen! Pädagogisches Handeln in der Jugendsozialarbeit“ am 11. Oktober 2023, 9:30-13:00 Uhr

Nach wie vor sind queere Jugendliche vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt. Oftmals verbergen sie ihre geschlechtliche Identität und/oder sexuelle Orientierung aus Angst vor Ausgrenzung und Anfeindungen. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sind gefordert, in der Arbeit mit jungen Menschen eine Kultur der Vielfalt und diskriminierungsarme Räume zu gestalten. Ziel der Fachtagung ist es, Fachkräften der Jugendsozialarbeit Informationen zu Lebenssituationen und zu Bedarfen queerer junger Menschen zu vermitteln. Wibke Korten, NRW-Fachberatungsstelle „gerne anders!“, referiert zu Begriffsklärungen im Kontext LSBT*I* sowie zu ihren Lebenswelten. Leonie Achterhold vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland e.V. (LSVD) beleuchtet Rolle und Aufgaben von Fachkräften. Ramona Kielblock, Bildungsreferentin Katholische Junge Gemeinde Köln und Vorstand der Bewegung „OutInChurch“, wirft einen kritischen Blick auf die Haltung und gelebte Praxis der katholischen Kirche. Programm und Anmeldung unter <https://eveeno.com/fachtag-queere-jugendliche>.

Projekt „Ausbildung garantiert!?“ bewertet geplanten Zuständigkeitswechsel für unter 25-Jährige anhand von Inklusionskriterien

Ab 2025 sollen Menschen unter 25 Jahren, die Bürgergeld beziehen, in Bezug auf berufliche Fragen nicht mehr von den Jobcentern betreut werden. Stattdessen sollen dann für ihre Eingliederung in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt – wie für alle anderen jungen Menschen – die Arbeitsagenturen zuständig sein. Eine einheitliche Anlaufstelle für alle jungen Menschen klingt zunächst nach mehr Inklusion. Warum der inklusive Schein dieses Vorhabens jedoch trügt, zeigen Mareike Krebs und Susanne Nowak vom Projekt „Ausbildung garantiert!?“ in ihrem Beitrag in den „Jugendsozialarbeit News“. Anhand von im Projekt entwickelten Inklusionskriterien machen sie deutlich, an welchen Stellen die aktuelle Förderung durch die Jobcenter eine inklusive Ausrichtung aufweist und welche Nachteile der geplante Wechsel für die rund 700.000 betroffenen jungen Menschen bedeuten würde. IN VIA Deutschland setzt das Projekt im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. um. Mehr unter <https://t1p.de/sdo1i>.

Eine Stellungnahme des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit (KV JSA) zum Thema finden Sie unter [„Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit“](#).

Aufenthaltsrecht für von Menschenhandel betroffene Frauen!

Menschenhandel stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung dar und gehört zu den gewinnbringendsten kriminellen Geschäften. Opfer werden vor allem Frauen, deren wirtschaftliche Not und Verletzlichkeit im Migrationsprozess ausgenutzt werden. Anlässlich des Welttags gegen Menschenhandel fordert IN VIA für Opfer von Menschenhandel eine Aufenthaltserlaubnis, die nicht an ihre Aussagebereitschaft gebunden ist. Repressalien, psychische und physische Gewalt sowie Traumatisierungen führen dazu, dass von Menschenhandel betroffene Frauen oft zu keiner Aussage gegen ihre Ausbeuter*innen bereit sind.

„Die wenigsten Frauen, die Opfer von Menschenhandel wurden, trauen sich, gegen ihre Peiniger auszusagen. Sie müssen davon ausgehen, nach einem Prozess in ihr Heimatland zurückkehren zu müssen und den Menschenhändlern erneut schutzlos ausgeliefert zu sein“, beschreibt Regine Rosner, Fachbereichsleiterin für Frauensozialarbeit und Migration, deren Lage. Mehr unter <https://t1p.de/19eey>.

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Köln

Wurzeln & Flügel – große Feier zum 125jährigen Jubiläum von IN VIA Köln

Ein bedeutendes Jubiläum feierte IN VIA Köln am 25. August: Unter dem Motto „Wurzeln und Flügel seit 125 Jahren“ wurde der Tag mit einem festlichen Gottesdienst in der Kirche Herz Jesu und einem anschließenden Programm in den Räumlichkeiten von IN VIA Köln begangen. Die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Eva-Maria Welskop-Deffaa, hob in einem inspirierenden Vortrag die Bedeutung der Sozialen Initiativen von IN VIA Köln, wie der „Radstation am Hauptbahnhof“ und der inklusiven gGmbH „IN VIA - Essen für Kinder“, als Leuchttürme hervor. Zahlreiche namhafte Gratulant*innen würdigten die herausragende soziale Arbeit und die vielfältigen innovativen Projekte. Mehr unter <https://t1p.de/0ure6>.



Der IN VIA Köln-Vorstand mit seinen Gästen auf dem Podium (Foto: IN VIA Köln, Regina Spitz)

Health begins in the families – Abschlusstreffen der Erasmus+-Projektpartnerschaft in der ZentraLE

Zum Abschluss des Erasmus+-Projektes „Gesundheit beginnt in der Familie“ trafen sich Ende Juli Expert*innen aus sechs europäischen Ländern beim Diözesan Caritasverband in Köln, der das transnationale Projekt koordiniert. Unter anderem war die Gruppe bei IN VIA Köln zu Gast, um das aus Mitteln des ESF Plus finanzierte Projekt „ZentraLE“ kennenzulernen. Das Projekt leistet eine umfangreiche Bildungs- und Beratungsarbeit für Alleinerziehende und wird u. a. in Kooperation mit der Kommune durchgeführt. Mehr unter <https://t1p.de/c1h0j>.



Foto: Bayerische Staatskanzlei

Monika Cissek-Evans erhält Bayerischen Verdienstorden für ihr Engagement gegen Menschenhandel

Monika Cissek-Evans, ehemalige Mitarbeiterin von IN VIA Bayern, wurde von Ministerpräsident Markus Söder für Ihr Engagement gegen Menschenhandel und für den Aufbau und die langjährige Leitung der Fachberatungsstelle JADWIGA mit dem Bayerischen Verdienstorden geehrt. Mehr als 25 Jahre hat Monika Cissek-Evans sich für von Menschenhandel betroffene Frauen in Bayern eingesetzt. Mehr unter: <https://t1p.de/1iwll>.

Aus der Zentrale des DCV

Klimaschutz in der Kinder- und Jugendhilfe: Aufruf zur Beteiligung an Umfrage

Um den Klimawandel aufzuhalten, bedarf es entschlossener Maßnahmen zum Klimaschutz. Kinder und junge Menschen sind in besonderer Weise durch die Auswirkungen der globalen Klimakrise gefährdet. Aktuell erhebt das Referat Lebensläufe und Grundsatzfragen im Deutschen Caritasverband, wo die Kinder- und Jugendhilfe innerhalb der verbandlichen Caritas bei der Etablierung von Klimaschutzmaßnahmen steht. Die Online-Umfrage richtet sich an alle Sparten der Kinder- und Jugendhilfe und ist bis zum 29.9.2023 aktiv unter <https://findmind.ch/c/ZT2m-vtLP>.

Die Ergebnisse der Umfrage fließen unter anderem in den Fachtag „Klimakrise als Gefährdung der Kinderrechte. Herausforderungen, Verpflichtung und Chancen für die Kinder- und Jugendhilfe“ ein. Der Fachtag findet am 14.11.2023 in Frankfurt am Main statt. Das Programm mit Link zur Anmeldung finden Sie hier <https://t1p.de/sazkq>.

Kirche & Gesellschaft

kfd-Landesarbeitsgemeinschaft NRW fordert: Aufklärung sexualisierter Gewalt nicht länger den Kirchen überlassen

13 Jahre sind vergangen seit erste Fälle sexualisierter Gewalt durch katholische Geistliche in Deutschland bekannt geworden sind. Nur neun von 27 Bistümern haben bislang Untersuchungen veröffentlicht. Aus Sicht der kfd in NRW vergeht zu viel Zeit, bis überhaupt die Taten ans Licht kommen. Das Ergebnis: Die Straftaten sind verjährt, Akten nicht mehr auffindbar, Beweise vernichtet. Zudem bleiben die Untersuchungen meist ohne Folgen für die Verantwortlichen. Die Landesarbeitsgemeinschaft NRW des Katholischen Deutschen Frauenbunds (kfd) fordert, dass der Staat die Aufklärung sexualisierter Gewalt nicht länger den Kirchen überlassen darf. Es gehe darum, auch in NRW eine unabhängige Aufklärungskommission zu installieren. Außerdem müssten gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die es staatlichen Kommissionen ermöglicht, Akteneinsicht zu bekommen. Mehr unter <https://t1p.de/qss4k>.

Bundesregierung beschließt Selbstbestimmungsgesetz

Die Bundesregierung hat den vom Bundesfamilienministerium und dem Bundesjustizministerium erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften (Selbstbestimmungsgesetz) beschlossen. Der Entwurf sieht u.a. vor, dass transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Personen in Zukunft ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen im Personenstandsregister durch eine einfache Erklärung bei Standesämtern oder deutschen Auslandsvertretungen ändern lassen können. Zudem soll der Eintrag als *Elternteil*, statt als *Vater* oder *Mutter* in der Geburtsurkunde möglich werden. Der Gesetzesentwurf soll das Transsexuellengesetz (TSG) von 1980 ablösen. Bisher müssen Personen, die ihren Geschlechtseintrag ändern wollen, ein aufwendiges und kostspieliges Verfahren mit zwei psychiatrischen Begutachtungen und einer zwingend notwendigen Gerichtsentscheidung durchlaufen. Mehr unter <https://t1p.de/cst08>.

Strategien im Umgang mit der AfD

Die Wahlprognosen für die AfD sind erschreckend: In manchen Bundesländern ist sie schon stärkste Kraft, im Bund erzielt sie oft den zweiten Platz. Es gibt viel Streit darüber, wie die Stimmengewinne der AfD zu erklären sind – und was jetzt zu tun ist. Wichtig ist es, ihre Strategien zu kennen, um ins Handeln zu kommen. In ihrem Blogbeitrag stellt die Bildungsstätte Anne-Frank die drei Kernstrategien der rechten Diskursverschiebung für Sie vor. Mehr unter <https://t1p.de/jfgak>.

Ausbildung & Qualifizierung

Wie verändern ChatGPT & Co die Arbeitswelt? Studie zu Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf Beschäftigte

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat untersucht, wie weit digitale Assistenzsysteme verbreitet sind, welche Beschäftigtengruppen sie nutzen und wie sich das auswirkt. Den Ergebnissen der Studie zufolge werden digitale Assistenzsysteme am häufigsten bei der Textverarbeitung und Texterstellung angewendet. Wearables und Cobots, die Beschäftigte bei manuellen Tätigkeiten unterstützen, werden noch selten genutzt und eher von Personen, die kein Abitur haben – im Gegensatz zu fast allen anderen Tätigkeitsbereichen wie Bilderstellung, Spracherkennung oder Diagnostik. Nutzer*innen digitaler Assistenzsysteme berichten zwar häufiger von einer wahrgenommenen Fremdbestimmung. In Bezug auf Sorgen über einen Arbeitsplatzverlust und die Zufriedenheit mit der Arbeit wirkt sich die Nutzung jedoch nicht aus. Die Wissenschaftler*innen stellen zudem fest, dass sich der „digital divide“ zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen durch die Ausbreitung digitaler Technologien in der Arbeitswelt derzeit nicht vertieft. Mehr unter <https://wzb.eu/de/artikel/chatgpt-cobots-co>.

Bildung

Unterschriftenaktion gegen die Abschaffung des Bildungsprogramms "Respekt Coaches"

Seit 2018 haben bundesweit rund 400 Fachkräfte an etwa 600 Kooperationsschulen aktiv dazu beigetragen, eine demokratische Haltung bei Schüler*innen zu bilden und zu stärken. Über 365.000 Schüler*innen haben von diesem Programm bereits profitiert, und die Effektivität wurde durch eine Evaluation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bestätigt. Nun soll das Programm im Rahmen der Sparmaßnahmen abgesetzt werden, deshalb geht ein Appell an die Bundesregierung, angesichts der zunehmenden Bedrohung durch demokratiefeindliche Tendenzen das politische Bildungsprogramm "Respekt Coaches" zu erhalten. Bitte unterstützen Sie diesen Appell und unterzeichnen Sie hier <https://t1p.de/fgvm5>.

Mädchen & Frauen

Ergänzung in § 46 Absatz 2 Satz 2 Strafgesetzbuch

Polizeilich gemeldete Straftaten, die aufgrund des Geschlechts des Opfers und/oder der sexuellen Orientierung verübt werden, haben insgesamt zugenommen. Laut des kürzlich erschienenen Lageberichts des Bundeskriminalamts ist die Zahl der Opfer von Häuslicher Gewalt im Jahr 2022 um 8,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 gestiegen. Im Jahr 2022 meldete das Bundesinnenministerium einen deutlichen Anstieg von Hasskriminalität im Zusammenhang mit sexueller Orientierung und Geschlecht im Vergleich zum Vorjahr. Schon heute können auf das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung des Opfers bezogene Motive im Rahmen des Paragraphen 46 Strafgesetzbuch (StGB) als „menschenverachtende“ Beweggründe in der Strafzumessung strafscharfend berücksichtigt werden. Nun hat der Bundestag mit der Überarbeitung des strafrechtlichen Sanktionsrechts beschlossen, „geschlechtsspezifische“ und „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Beweggründe explizit als strafscharfend in Paragraph 46 Absatz 2 Satz 2 StGB aufzunehmen. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 2023 in Kraft. Die Tatmotive müssen dann in einem Strafverfahren ausdrücklich benannt und verhandelt werden. Mehr unter <https://t1p.de/auwyx>.

Zweiter Evaluationsbericht zum Entgelttransparenzgesetz

Das Bundeskabinett hat den von Bundesfrauenministerin Lisa Paus vorgelegten „Zweiten Bericht der Bundesregierung zur Wirksamkeit des Gesetzes zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern sowie zum Stand der Umsetzung des Entgeltgleichheitsgebots in Betrieben

mit weniger als 200 Beschäftigten“ beschlossen. Das Entgelttransparenzgesetz hat das Ziel: gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher und gleichwertiger Arbeit. Die mangelnde Transparenz in betrieblichen Entgeltstrukturen soll bekämpft werden, denn sie ist eine wichtige Ursache der Entgeltungleichheit. Deshalb enthält das Gesetz einen individuellen Anspruch auf Auskunft, Berichtspflichten und eine Aufforderung an Arbeitgeber*innen, betriebliche Prüfverfahren durchzuführen. Der Bericht enthält ein wissenschaftliches Evaluationsgutachten sowie Stellungnahmen der Bundesregierung und der Sozialpartner*innen. Mehr unter <https://t1p.de/3jifu>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Kooperationsverbund Jugendendsozialarbeit: Jobcenter oder Arbeitsagentur? Geplanter Wechsel hat massive Folgen für junge Menschen unter 25 Jahren

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Wechsel der Betreuung von unter 25-Jährigen im Bürgergeld-Bezug von den Jobcentern zur Bundesagentur für Arbeit (BA) angekündigt. Betroffen sind 700 000 junge Menschen, die über das Jobcenter Bürgergeld beziehen und Beratung oder Angebote zur beruflichen Vorbereitung wahrnehmen. Durch die Überführung sollen im SGB II-Haushalt rund eine Milliarde Euro eingespart werden. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (KV JSA) kritisiert, dass eine so tiefgreifende strukturelle Änderung ohne fachliche Abstimmung im Vorfeld erfolgt ist. Tom Urig, Sprecher des KV JSA stellt fest: „Ein solcher Systemwechsel kann zahlreiche nicht intendierte Auswirkungen mit sich bringen. Das Prinzip „Hilfen aus einer Hand“ würde aufgegeben: Für finanzielle Hilfen müssten die jungen Menschen weiter zum Jobcenter, für Stellensuche, Weiterbildung und Begleitung in die Ausbildung zur Arbeitsagentur. Dies stellt für viele stark belastete jungen Menschen eine große Herausforderung dar.“ Aktuell haben die Jobcenter den Auftrag, auf die Bedarfe junger Menschen zugeschnittene, lokal vernetzte Beratungs- und Förderangebote zu erbringen. Der KV JSA stellt in Frage, ob dies von der Berufsberatung zu leisten ist, deren Angebote eher standardisiert sind. Der KV JSA fordert die Bundesregierung auf, zeitnahe Detailinformationen zur geplanten Gesetzesänderung zur Verfügung zu stellen. Notwendig ist ein öffentlich geführter Diskurs über die Ziele und Auswirkungen auf die jungen Menschen, jenseits von haushaltspolitischen Erwägungen. Mehr unter <https://t1p.de/t8mfs>.

Entsprechend hat der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (KV JSA) am 11.8.2023 Stellung zum Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes bezogen. Im Interesse junger Menschen unter 25 Jahren lehnt der KV JSA die Änderungen ab und fordert, den fachpolitischen Diskurs über einen Systemwechsel für U25 von SGB II in SGB III zu führen und das angekündigte Gesetz zur Kindergrundsicherung in diesem Diskurs zu berücksichtigen. Die Stellungnahme finden Sie im Anhang dieser Nachrichten. Das Bundeskabinett hat ohne Rücksicht auf diese Argumente dem Systemwechsel am 16.08.2023 zugestimmt. Der Bundestag ist aus Sicht des Kooperationsverbundes und der BAG KJS nun in der Pflicht, die Änderung zu stoppen. Mehr unter <https://t1p.de/bu34d>.

Migration & Integration

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich mehrheitlich zugehörig

Im Rahmen einer Kurzinformation hat der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) Daten des SVR-Integrationsbarometers ausgewertet. Die Analyse zeigt, dass sich Zugewanderte und ihre Nachkommen mehrheitlich Deutschland zugehörig fühlen. Bisweilen erhobene pauschalisierende Vorwürfe einer „fehlenden Loyalität“ stimmen daher mit der empirischen Realität in der deutschen Einwanderungsgesellschaft nicht überein. Die Daten zeigen erneut, dass Integration vor allem eine Frage der Aufenthaltsdauer ist. Denn für ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl müssen emotionale Bindungen und interkulturelle Kontakte aufgebaut und die deutsche Sprache erlernt werden – das braucht Zeit. Doppelte Bindungen an das Herkunftsland und an Deutschland schließen sich dabei nicht aus. Fast jede zweite Person mit Zuwanderungsgeschichte hat eine solche doppelte Bindung. Diskriminierungserfahrungen können dagegen zur Folge haben, dass sich Personen von Deutschland abwenden und marginalisiert werden. Mehr unter <https://t1p.de/391k0>.

Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete

In der gemeinsamen Studie „Das ist nicht das Leben“ von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Institut für Menschenrechte werden die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in

Unterkünften für geflüchtete Menschen in Deutschland untersucht. Die Studie lässt vor allem geflüchtete Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen, deren Schilderungen im Kontrast zu ihren Rechten stehen. UNICEF Deutschland und das Deutsche Institut für Menschenrechte leiten aus der Untersuchung Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen ab, bspw. die dringende Forderung nach dezentraler Unterbringung von Familien sowie unmittelbarem Zugang zu Kindergarten, Schule oder Ausbildung. Mehr unter <https://t1p.de/c4dzv>.

Kleine Anfrage der LINKEN zur Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe im Asylverfahren“, wurde die Antwort der Bundesregierung veröffentlicht. Aus den Zahlen der Bundesregierung geht hervor, dass die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund in den letzten Jahren gestiegen ist. Während 2021 noch 1.379 Personen die Anerkennung erhielten, waren es 2022 2.800 und im ersten Halbjahr von 2023 bereits 2.286 Personen. Aus der Antwort geht ebenso hervor, dass 75% aller Schutzsuchenden, die aufgrund von geschlechtsspezifischer Verfolgung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfasst werden, Frauen und Mädchen sind. Die Bundesregierung gibt an, dass 2021 insgesamt 342 und 2022 insgesamt 381 Vulnerabilitäten von der Asylverfahrensberatung des BAMF an das Asylverfahrenssekretariat oder den Asylbereich gemeldet wurden. Darunter zählen auch Schutzsuchende, die Opfer von Menschenhandel oder Genitalverstümmelung wurden. Mehr unter <https://t1p.de/6tkr4> und <https://t1p.de/u56x4>.

Geflüchtete aus der Ukraine: Knapp die Hälfte beabsichtigt längerfristig in Deutschland zu bleiben

Zum zweiten Mal wurden Ukrainer*innen, die aufgrund des russischen Angriffskriegs geflüchtet sind, zu ihrer Lebenssituation in Deutschland befragt. Zentrale Ergebnisse sind unter anderem: Zu Beginn des Jahres 2023 beabsichtigt fast die Hälfte der Befragten längerfristig in Deutschland zu bleiben. Die Zahl der Erwerbstätigen ist gegenüber dem Spätsommer 2022 leicht gestiegen, die Erwerbsabsichten derer, die bisher nicht arbeiten, sind hoch. Mehr unter <https://t1p.de/hqscx>.

Flyer des BAMF zu Integrationskursen

Der neu erschienene Flyer des Bundesamts für Migration und Geflüchtete (BAMF) informiert in knapper, niedrigschwelliger Form über das Integrationskursangebot. Der Flyer "Integrationskurse" steht auf der Website des BAMF zum Download zur Verfügung. Zudem kann der Flyer dort ebenfalls kostenfrei als Printprodukt bestellt werden. Mehr unter <https://t1p.de/om8aq>.

Bahnhofsmission

Jahrestagung 2023 der Bahnhofsmission: Was heißt hier Verantwortung?

Die Leiter*innen der Bahnhofsmissionen, Diözesan- und Landesvertretungen und Träger sind zur Jahrestagung der Bahnhofsmission eingeladen. Diese findet vom 18. bis 21. September in Cloppenburg statt. Weitere Informationen und Anmeldung im internen Bereich von www.bahnhofsmission.de.

Last call Mutmacher*innen-Forum

Bis zum 07.09. ist noch eine Anmeldung zum Mutmacher*innen-Forum möglich. Eingeladen sind alle Mutmacher*innen aus Kurs 1 bis 3. Das Thema: „Das Leben – was für ein Theater! Biografisches Erzählen und szenisches Verstehen für die Arbeit am Bahnhof“. Im Zentrum der Veranstaltung stehen gegenseitiges Kennenlernen, Austausch, Vernetzung und gemeinsames Lernen. Die Teilnahme ist dank der Förderung durch die Deutsche Bahn Stiftung kostenlos (inkl. Übernachtung, Verpflegung und Fahrtkosten). Anmeldung unter <https://eveeno.com/MM-Forum>.

Neue Programme & Projektausschreibungen

„Wir stärken Mädchen“: Förderung von Schulprojekten

Mädchen und jungen Frauen berufliche Wege unabhängig von Geschlechterstereotypen aufzeigen und sie ermutigen, ihre Zukunft selbstbestimmt zu gestalten – das sind die Ziele von „Wir stärken Mädchen“. Mit dem Förderprogramm unterstützt die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung gemeinsam mit der Stiftung RTL Projekte an Schulen mit bis zu 2.500 Euro. Förderfähig sind Projekte, die

die berufliche Orientierung von Mädchen und jungen Frauen im Alter von 10 bis 18 Jahren stärken und partizipativ ausgerichtet sind. Auch die Förderung von Zukunftskompetenzen oder Entrepreneurship Education können Schwerpunkte des Projekts sein. Die Fördermittel können für Sachkosten wie z. B. technische Ausstattung, Software-Lizenzen, Reisekosten oder interne Qualifizierungen eingesetzt werden. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung bietet Beratung zu Projektideen an, vermittelt Role-Models und unterstützt durch fachlichen Input. Die Bewerbungsfrist endet am 15.09.2023. Mehr unter <https://t1p.de/wk0ux>.

Erasmus+/Jugend – "Aussichten auf eine Förderung sind so gut wie lange nicht mehr!"

Die für die Umsetzung der Erasmus+ Jugendprogramme zuständige Agentur „Jugend für Europa“ passt seine Bewertungspraxis an. Die Zugänge zu europäischen Fördermitteln sollen so niedrigschwellig wie möglich gestaltet werden. Ein Interview mit Ingrid Müller, Leiterin Erasmus+ Jugend bei JUGEND für Europa, zu ihrem Zwischenfazit der Programmumsetzung in Deutschland und wie die Nationale Agentur auf die Nachwirkungen der Pandemie reagiert. Mehr unter <https://t1p.de/hyifa>.

Neuer Leitfaden – Zugang für alle: Inklusiv Umsetzung von Erasmus+-Projekten – Berufliche Bildung

Wie können Erasmus+-Projekte inklusiv umgesetzt werden? Der Leitfaden Inklusion unterstützt Projektträger dabei, Inklusion und Vielfalt in der internationalen Projektarbeit lebendig werden zu lassen. Nach dem Prinzip "Aus der Praxis für die Praxis" enthält der Leitfaden neben Tipps & Erfahrungsberichten von Akteur/-innen auch eine praktische Checkliste zu den wichtigsten Projektbausteinen. Mehr unter <https://t1p.de/y76ub>.

Termine & Tagungen

Mit Menschenrechten Brücken bauen – Politische Bildung in Transformationsprozessen

Am 29. September 2023 bietet das Deutsche Institut für Menschenrechte eine Online-Veranstaltung zur Bildungspraxis gegen rechts an. Gesellschaftliche Transformationsprozesse wie die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die daraus resultierende Energiekrise sowie Inflation beeinträchtigen das Leben und begünstigen menschenverachtende Einstellungen in der Gesellschaft. Es bleibt weiterhin notwendig, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und sich für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt einzusetzen. In der Tagung werden Fragen aufgegriffen wie: Wie können Bildungsakteur*innen auf diese gesellschaftlichen Veränderungen und Transformationsprozesse konstruktiv antworten? Welche Bildungsstrategien sind gefragt und sinnvoll? Welchen Beitrag können die Menschenrechte in der Bildungspraxis leisten? Mehr unter <https://t1p.de/znezk>.

Aus der Fortbildungs-Akademie des DCV

Online-Seminar „Auf ein Wort - Beratung: kurz, knapp, sofort“, 18.-20.09.2023

"Hätten Sie mal 2 Minuten Zeit für mich?" Mit solchen oder ähnlichen Fragen signalisieren ratsuchende Personen häufig ihren Bedarf nach Unterstützung. Nicht selten erfolgt dies allerdings in ungünstigen Situationen, die eine besondere Beratungskompetenz erfordern. Während manche dieser Anfragen auf günstigere Zeitpunkte und Orte vertagt werden können ("Kommen Sie doch nach dem Unterricht in mein Büro, dort können wir uns in Ruhe mit Ihrer Frage beschäftigen."), gibt es viele Situationen, die sofortiges Handeln erfordern. Der zentrale Gegenstand des Seminars besteht in der Sensibilisierung der Teilnehmer*innen für den "tatsächlichen Unterstützungsbedarf" (und nicht etwa der von dem/der Helfer*in vermutete) und der Vermittlung wirksamer und für die Situation passender Beratungsstrategien. Mehr unter <https://t1p.de/r9pxv>.

IN VIA Akademie Paderborn

Offizielle Einweihung der Schule für Pflege und Gesundheit Paderborn – gemeinsame Trägerschaft von IN VIA Akademie Paderborn und der BBT-Gruppe

Ende August wurde die Schule für Pflege und Gesundheit Paderborn offiziell eingeweiht. Christoph Robrecht und Jörg Meyer, Geschäftsführer der Schule: „Das ist ein Meilenstein für die Ausbildung von Pflegekräften. Wir liefern damit einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel und sind glücklich, dass wir unseren Auszubildenden und unseren Kooperationspartnern dieses

architektonisch gelungene Gebäude präsentieren können.“ Auf knapp 3.000 Quadratmetern bietet die Schule Platz für bis zu 500 Schüler*innen. Neben zehn großräumigen Klassenzimmern und Besprechungsräumen tragen Lerninseln und zwei Skillslabs – Lernlabore, die wie ein Krankenzimmer eingerichtet sind – zum modernen und realitätsnahen Lernen bei. Träger der Schule sind das Brüderrkrankenhause St. Josef Paderborn (BBT-Gruppe) und die IN VIA Akademie Paderborn. Mehr unter <https://t1p.de/iogks>.

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen der IN VIA Akademie

- **Mitarbeiterführung: Lösungsorientierte Strategien, 18.-20.09.2023, Paderborn.** Es taucht ein Problem auf – Chaos entsteht und Schuldige werden gesucht! Alle begeben sich auf Ursachensuche, lange Diskussionen werden geführt und Schuldzuweisungen ausgesprochen. Viel Energie und Zeit werden dafür eingesetzt. Stattdessen könnten die Ressourcen genutzt werden, um sich mit Lösungen für das aufgetretene Problem zu befassen. Machen Sie sich mit der lösungsorientierten Kommunikation vertraut, wirken Sie als Vorbild für Ihre Mitarbeiter*innen und vermitteln Sie die Vorteile dieses Kommunikationsstils. Mehr unter <https://t1p.de/z7sry>.
- **Pflege unter dem Regenbogen – Die "versteckte" Zielgruppe LGBT wahrnehmen, 21.09.2023, online.** Gute Pflege zeichnet sich nicht nur durch Wissen und Können aus. Individuelle Pflege wird durch persönliche Haltung und Akzeptanz der Verschiedenheit von Menschen gesichert. Dieses Seminar soll dazu beitragen, den Diversity-Ansatz auch für die Zielgruppe LGBT in Ihrer Einrichtung zu etablieren und umzusetzen. Mehr unter <https://t1p.de/z7sry>.
- **Nachhaltigkeitsmanager*in in den hauswirtschaftlichen Arbeitsfeldern, 26.09.2023, Paderborn.** Das Thema Nachhaltigkeit wird für Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen immer wichtiger. Hauswirtschaftliche Fach- und Führungskräfte sind dabei entscheidende Akteur*innen für diese Entwicklung, da hier viele Ansätze zur Schonung von Ressourcen möglich sind. In der Weiterbildung werden Ihnen Wege gezeigt, wie Sie eine nachhaltige Wirtschaftsweise vorantreiben können, ohne die Arbeitsrealität aus den Augen zu verlieren. Mehr unter <https://t1p.de/f42r0>.
- Weitere Angebote der IN VIA Akademie finden Sie unter <https://t1p.de/z7sry>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise
www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.09.2023
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de